Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Anzeigen und die Ausgabestelle entgegen. – Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 52.

Anzeigenpreise: Die 5gespaltene Petitzeile für Anzeigen aus Auer und Umgegend 20 Goldpfennige, auswärtige Anzeigen 25 Goldpfennige, Reklame-Petitzeile 40 Goldpfennige, amtliche Zeile 40 Goldpfennige.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postscheckkonto: Amt Leipzig Nr. 1909

Nr. 116 | Montag, den 19. Mai 1924 | 19. Jahrgang

Der Block der Mitte aufgegeben.

Das Reichskabinett beschäftigte sich mit dem Gutachten der Sachverständigen und den sich daraus ergebenden deutschen Gesetzesvorlagen, konnte jedoch noch zu keinen Beschlüssen kommen, da die Vorarbeiten des Ressorts noch nicht weit genug gediehen sind. In einer Besprechung, die die Führer der Fraktionen der Mitte Freitag im Reichstag abhielten, herrschte Uebereinstimmung darüber, daß die Fraktionen ihre Haltung gegenüber den Deutschnationalen in der Frage der Regierungsbildung davon abhängig machen wollen, wie die Deutschnationalen sich zu den außenpolitischen Fragen stellen wollen. Im übrigen stand die Besprechung unter dem Eindruck, daß der Gedanke eines Fraktionszusammenschlusses der Mitte nicht mehr durchführbar sei, nachdem die Fraktion der Deutschen Volkspartei diesen Gedanken unzweideutig als unausführbar abgelehnt hat. Die Besprechungen der Parteiführer sind heute fortgesetzt worden.

Die Times rühmen die Festigkeit und Vernunft des Kanzlers.

Die „Times" schreiben in einem Leitartikel, der Stimmenzuwachs der Konservativen stelle eine starke Reaktion gegen die erniedrigenden Verhältnisse dar, in die Deutschland gebracht worden sei und die durch die Ruhrbesetzung noch verschärft worden seien. Die deutsche Regierung zeige gegenüber der Unschlüssigkeit der Konservativen Festigkeit und Vernunft. Sie habe die Absicht, dem Reichstag gegenüberzutreten, ihre Politik darzulegen und mit ihrer Annahme oder Verwerfung zu stehen oder zu fallen. „Times" fahren fort: Es bestehe nicht der geringste Zweifel über die britische Ansicht, daß der Dawes-Bericht als Ganzes angenommen werden müsse und daß keine Zeile daraus geändert werden könne.

Moralischer Druck Londons auf Frankreich.

Londoner Blätter behaupten, die deutsche konservative Presse habe Erklärungen gemacht, die nicht ernst genommen zu werden brauchten, und sogar Hoetzsch, der ein gemäßigter Konservativer sei und viel zugunsten des Berichtes zu sagen habe, erkläre, daß eine vollständige Annahme unmöglich sei. Der britische Premierminister habe wiederholt die Notwendigkeit betont, den Bericht als Ganzes anzunehmen. Der Bericht sei offiziell vom Präsidenten der Vereinigten Staaten gebilligt worden. Es sei der einzige Plan, der in Betracht komme und er stelle die einzige Hoffnung dar. Frankreich habe jetzt eine Gelegenheit, in Deutschland größeres Vertrauen zu dem Sachverständigenplane zu erzeugen. Wenn Frankreich die politischen Gefangenen im Ruhrgebiet und im Rheinland freilasse und den Verbannten gestatte, zurückzukehren, so würde das dem deutschen Volke zeigen, daß die Arbeit auf der Grundlage der Sachverständigenpläne nicht nur einen lebensverbindenden wirtschaftlichen Prozeß bedeute, sondern auch den Beginn des Friedens und der Versöhnung.

Die Durchführung des Dawes-Planes.

Paris 18. Mai. Die erste Sitzung des Organisationskomitees zur Gründung einer Gesellschaft für die deutschen Eisenbahnen wird, wie die Reparationskommission beschlossen hat, am Donnerstag, den 22. Mai, in Paris stattfinden. Die alliierten Regierungen werden vertreten sein durch die Herren Leverve und Nelvorth. Deutschland durch Staatssekretär Vogt vom Reichsverkehrsministerium und Staatssekretär a. D. Bergmann. Diese vier Herren sollen, wie bekannt, ein fünftes neutrales Mitglied ernennen. Sollten sie sich über die Ernennung nicht einig werden, so wird die Repka das neutrale Mitglied ernennen.

Coolidge genehmigt eine 100-Millionen-Anleihe für Deutschland.

Newyork Herald wird aus Washington berichtet: Präsident Coolidge hat, wie aus dem Weißen Hause mitgeteilt wird, seine Zustimmung zu einer Anleihe von 100 Millionen Dollar für Deutschland gegeben. Der Newyorker Bankier Otto H. Kahn hat mit dem Präsidenten die Finanzen Deutschlands besprochen und seine Billigung zu der vorgeschlagenen Aktion gegeben. Es werde festgestellt, daß Coolidge und Kahn sich über die Methoden, Deutschland nach dem Plan Dawes Hilfe zu leisten, geeinigt hätten.

Hannover bleibt preußisch

Hannover, 19. Mai. Von der Gesamtzahl der Abstimmungsberechtigten, nämlich 1 770 000 haben 488 961 mit Ja gestimmt. Da für die Abtrennung Hannovers von Preußen hätte ein Drittel der Gesamtstimmenzahl aufgebracht werden müssen, so hat die Abstimmung für den Verbleib Hannovers bei Preußen entschieden.

Die Lage des Arbeitsmarktes.

Ungünstige Anzeichen trotz guter Beschäftigung.

In den letzten Wochen hat sich die allmähliche Zunahme der Beschäftigung der meisten Industrien fortgesetzt, aber der Geschäftsgang vollzog sich unter erschwerten wirtschaftlichen Bedingungen. Durch das diesjährige späte Einsetzen der Frühjahrswitterung vermochte die Landwirtschaft und zumeist auch das Baugewerbe den deutschen Arbeitsmarkt im April stärker als in den Vormonaten zu entlasten. In den meisten Zweigen der Industrie steigerte sich zwar im April und Mai der Auftragseingang noch weiter, aber gleichzeitig mehrten sich auch die ungünstigen Anzeichen der wirtschaftlichen Lage. Die Zahlungseingänge wurden schlechter. Die Reichsbank mußte die Kreditgewährung einschränken (7. April), und damit wurde die Nachfrage nach Kredit bei den privaten Geldgebern dringlicher, und die Kreditsätze erhöhten sich weiter. Hierzu kam für viele Industriezweige eine Zunahme der Gestehungskosten infolge einer Verteuerung der Rohstoffe und Halbfabrikate. Der Kapitalmangel wirkte sich besonders in der Metall- und Maschinenindustrie, wie in der Textilindustrie dahin aus, daß vielfach im Erteilen neuer Aufträge zurückgehalten wurde. Es muß unter all diesen Umständen vorsichtig gewertet werden, wenn die Zahl der unterstützten Erwerbslosen in der Zeit vom 15. April bis 1. Mai im unbesetzten Gebiet neuerdings eine nicht unerhebliche Abnahme, nämlich von rund 470 000 auf 307 000 erfahren hat.

Stahlwerk Becker unter Geschäftsaufsicht.

Von beteiligter Seite wird bekannt gegeben: Der Vorstand der Stahlwerke Becker A.-G. in Willich (Rhld.) hat sich genötigt gesehen, den Antrag auf Geschäftsaufsicht über das Unternehmen zu stellen. Das Werk befindet sich in durchaus günstiger Entwicklung und ist für mehrere Monate mit lohnenden Aufträgen versehen. Der Wert der Betriebsanlagen ist mit 36 Millionen Goldmark, derjenige der Vorräte mit 5 Millionen Goldmark angenommen. Den Passiven von zirka 9 Millionen Goldmark stehen Außenstände von 8 Millionen Goldmark gegenüber.

Die schwierige Lage des Werkes ist dadurch herbeigeführt worden daß man genötigt war, nach dem Krieg und nach Aufgabe der passiven Resistenz, dann aber auch nach dem letzten großen Streik dreimal von neuem wieder aufzubauen. Dazu kam, daß eine Stockung des gesamten Geldverkehrs eintrat: weitere Schwierigkeiten schuf die schwere Belastung durch die Micumverträge. Die Vorgänge sind der Reichsregierung zur Kenntnis gebracht worden.

Das Ergebnis der Kölner Messe.

Köln, 17. Mai. Nachdem sich in einzelnen Branchen das Geschäft bis zum Nachmittag fortgesetzt hatte, ist heute die allgemeine Messe geschlossen worden. Gerade die noch am letzten Tage getätigten Geschäftsabschlüsse sind ein deutlicher Beweis dafür, wie die erste Kölner Messe in ihrer freien geschäftlichen Auswirkung durch den allgemeinen Kapitalmangel, auf den die zögernde Zurückhaltung der Käufer zurückzuführen ist, gehemmt worden ist. Obschon in den meisten Ausstellungsgruppen das Geschäft bis zur letzten Stunde gedauert hat, erfordert die Eigenart der Technischen und der Braunkohlenmesse, für die sich gerade in den letzten Tagen sehr starkes Interesse bemerkbar machte, eine Verlängerung dieser Messen bis Dienstag, den 20. Mai, einschließlich.

Ohne heute bereits ein abschließendes Urteil über die einzelnen Geschäftszweige abgeben zu wollen, muß, wenn man die gesamte wirtschaftliche Lage nicht von Grund auf verkennt, mit allem Nachdruck betont werden, daß das Geschäftsergebnis der ersten Kölner Messe über die wirtschaftlich möglichen Erwartungen hinaus gegangen ist.

Aufruf an die Ruhr-Arbeiter.

Warnung vor Plünderungen.

Bochum, 17. Mai. Die vier Bergarbeiterverbände erlassen gemeinsam folgenden Aufruf:

Kameraden! Die Bergarbeiterverbände haben in ihren Konferenzen am 17. Mai 1924 zu dem Berliner Schiedsspruch Stellung genommen. Auf allen Konferenzen wurde der neugeschaffene Manteltarif für annehmbar erklärt. Einstimmig jedoch wurde das Mehrarbeitsabkommen entschieden abgelehnt. Die Ablehnung erfolgte, weil weder eine besondere Bezahlung noch ein tariflicher Zuschlag für die Ueberarbeit in diesem Schiedsspruch vorgesehen ist. Die festgesetzte Frist für das Mehrarbeitsabkommen, das bis zum 31. März 1925 unkündbar laufen soll, ist den zu langer Dauer. Das Zweischichtensystem für die durchgehenden Betriebe mit einer Wochenschichtzeit von 58 Stunden muß als besondere Härte für die davon betroffenen Arbeiter angesehen werden. Klar und deutlich brachte die Konferenz zum Ausdruck, daß die Ruhrbergarbeiter gewillt sind, Mehrarbeit aus volkswirtschaftlichen Gründen zu leisten, wenn dieselbe als solche anerkannt und dementsprechend bewertet wird. Nach wie vor ist die Bergarbeiterschaft bereit, zu der tariflich zu Recht bestehenden Arbeitszeit von 7 Stunden unter Tage und 8 Stunden über Tage zu arbeiten. Sie wird durch die allem Recht widersprechende Aussperrung seitens der Bergbauunternehmer an der Ausübung der Arbeit behindert. Der Volksgesamtheit erwächst aus diesem Vorgehen der Unternehmer ein unermeßlicher Schaden. Auf die Unternehmer allein fällt die Verantwortung.

Ruhrbergleute! Verantwortungslose Elemente sind an der Arbeit. Ueberall im Ruhrrevier auftauchende Sendboten der KPD. versuchen, die gewerkschaftliche Disziplin zu untergraben. Die Beauftragten der Union und der KPD. treten in offener und verdeckter Form an euch heran mit der Aufforderung, Plünderungen und Gewalttätigkeiten auszuüben. Dieses Vorgehen erhöht die Gefahr der Zertrümmerung unserer Abwehrfront und ist das Wasser für das Unternehmertum.

Kameraden! Es gilt, in dem uns aufgezwungenen Kampf auszuhalten, gewerkschaftliche Disziplin zu üben und nur den Anweisungen der unterzeichneten Organisationen zu folgen. Nur so ist die Gewähr gegeben, daß die Ruhrbergarbeiterschaft in Ehren und ungebrochen aus diesem schweren Konflikt herausgehen kann.

Die vier Bergarbeiterverbände.

Ultimatum im Ruhrbergbau.

Wie die Blätter aus Essen melden, ist zur Entscheidung über Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruchs für den Ruhrbergbau den Parteien eine Frist gegeben, die am Dienstag abläuft.

Das Urteil gegen die Separatisten.

Im Prozeß gegen die pfälzischen Separatisten verkündete der Vorsitzende nach etwa $1^1/_4$ stündiger Beratung des Gerichts folgendes Urteil: Es werden verurteilt der Angeklagte Fett zu 4 Jahren Zuchthaus und 4 Jahren Ehrenverlust, Giesler zu 5 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust, Wild zu 4 Jahren Zuchthaus und 4 Jahren Ehrverlust, Gilcher zu 6 Jahren Zuchthaus und 6 Jahren Ehrverlust, Netz zu 3 Jahren Zuchthaus, Walz zu 4 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust, Steinbrecher zu 5 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust, sämtliche wegen Beihilfe zum Hochverrat. Der Angeklagte Wagner, der eine Strafe wegen Nötigung noch nicht verbüßt hatte, wurde wegen Beihilfe zum Hochverrat zu $5^1/_2$ Jahren Zuchthaus zuzüglich einer Woche Zuchthaus verurteilt. Ferner wurden sämtliche Angeklagte gemäß § 9 des Gesetzes zum Schutze der Republik zu je 500 Goldmark, im Nichtbeibringungsfalle zu je einem weiteren Monat Zuchthaus verurteilt. Diese Strafe gilt durch die Untersuchungshaft als verbüßt. Die Kosten des Verfahrens fallen den Angeklagten zur Last.

Dr. Stresemann gegen einen Bruch mit Rußland. Die erste Besprechung im Reichskabinett über die russische Note hat zu einer Entscheidung noch nicht geführt. Der Außenminister tritt, wie aus seinen halbamtlichen Aeußerungen zu entnehmen ist, dafür ein, daß kein Abbruch der Verhandlungen mit Rußland erfolgen soll. Voraussichtlich wird die deutsche Antwort Gegenvorschläge nach Moskau richten und einen Teil der russischen Forderungen annehmen, so die der Entschuldigung und der Maßregelung der politischen Beamten, die die Durchsuchung angeordnet haben.

Die Russenverhaftungen. Vom Berliner Polizeipräsidium wird mitgeteilt, daß in der Angelegenheit Bozenhardt noch 6 Mitglieder der Familie Aßmann, Verwandte der Geliebten Bozenhardts, wegen Begünstigung festgenommen worden sind. Gegen sämtliche Festgenommenen ist vom Untersuchungsrichter bereits Haftbefehl erlassen. Außer bemerkenswerten Schriftstücken, die bei Lehmann und Bozenhardt gefunden wurden, nahm die Polizei der Geliebten des Bozenhardt 80 amerikanische Dollars ab. Dies Geld war der Rest eines Dollarbetrages, den Bozenhardt einige Tage nach seiner Flucht von der Kasse der Handelsvertretung durch Vermittelung Lehmanns erhalten hatte, dem er eine unterschriebene Quittung zur Vorlegung bei der Kasse der Handelsvertretung mitgegeben hatte.

Eingriff der Rheinlandkommission in die Wiesbadener Polizeiverhältnisse. Die Rheinlandkommission hat der Stadtverwaltung Wiesbaden den Ausbau und die Leitung der städtischen Polizei übertragen, die bisher in staatlichen Händen lag. Eine ähnliche Entscheidung fällte die Rheinlandkommission am 8. Dezember v. J. in Aachen. Wie erinnerlich, haben die Besatzungsbehörden des Ruhrgebiets im Anschluß an den blutigen Separatistensonntag in Düsseldorf auch in dieser Stadt die staatliche Polizei aufgelöst und die Stadt mit der Aufrechterhaltung des polizeilichen Schutzes betraut.